



Gemeinde Eimeldingen

Landkreis Lörrach

**Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften**

**„Solarpark an der A 98“**

Begründung

## INHALT

1. Allgemeines, Vorbereitende Bauleitplanung .....	3
2. Planungsrechtliche Festsetzungen .....	8
3. Örtliche Bauvorschriften .....	10
4. Umweltbelange .....	11
5. Verkehr.....	13
6. Technische Infrastruktur .....	14
7. Denkmalschutz.....	14
8. Flächenbilanz .....	14

## **1. ALLGEMEINES, VORBEREITENDE BAULEITPLANUNG**

### **1.1. Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich misst rund 1,15 ha. und umfasst einen Bereich an der Autobahn A 98 im Süden der Gemarkung. Das Plangebiet war bislang dem Außenbereich zuzuordnen. Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplans.

### **1.2. Erfordernis der Planung**

Für die Gemeinde Eimeldingen bot sich die Gelegenheit, einen Beitrag zum Einsatz erneuerbarer Energien und damit zur gesellschaftlich vereinbarten Energiewende beizutragen. Speziell in Süddeutschland sind verfügbare Flächen zur Gewinnung erneuerbarer Energien knapp. Große Flächen können sich nur schwer in das bestehende Siedlungs- und Freiraumgefüge einfügen. Daher sind kleinere Anlagen – wie hier vorgesehen – ein realistischerer Weg.

Hierzu war die Aufstellung eines Bebauungsplans mit einem Sondergebiet gem. § 11 BauNVO „Solarpark“ erforderlich. Der Plan umfasst alle planungsrechtlichen Regelungen, die das Vorhaben sowie die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen betreffen.

### **1.3. Verfahren**

Der Bebauungsplan wurde im Vollverfahren aufgestellt. Parallel hierzu erfolgte eine Änderung des Flächennutzungsplans.

### **1.4. Räumliche und strukturelle Situation**

Das Plangebiet liegt im Süden der Gemarkung im Umfeld der Autobahn A 98 und wird über einen Feldweg sowie die daran anschließende die Alte Basler Straße erschlossen. Der Siedlungsraum der Gemeinde beginnt in rund 300 Meter Abstand in nördlicher Richtung.

Nach Südwesten schließt die Gemarkung der Stadt Weil am Rhein an. Dieser Bereich ist mit Wald bestanden, sodass sich ein Waldabstand von 30 Metern ergibt. Im Sondergebiet sind allerdings keine Gebäude vorgesehen, die durch den Waldabstand tangiert werden.

Die weiter südlich verlaufende Autobahn A 98 liegt in einem deutlichen Geländeeinschnitt rund 12 Meter tiefer als der Solarpark.

Das Plangebiet fällt leicht nach Südosten (zur Autobahn) hin ab und wird bislang als landwirtschaftliche Fläche genutzt.

### 1.5. Bestehende Bauleitpläne und vorbereitende Bauleitplanung

#### *Bestehende Bauleitpläne*

Weder im Plangebiet selbst noch im direkten Umfeld bestehen Bebauungspläne. Der nächste gelegene Siedlungsraum liegt rund 300 Meter Luftlinie entfernt.

#### *Vorbereitende Bauleitplanung*

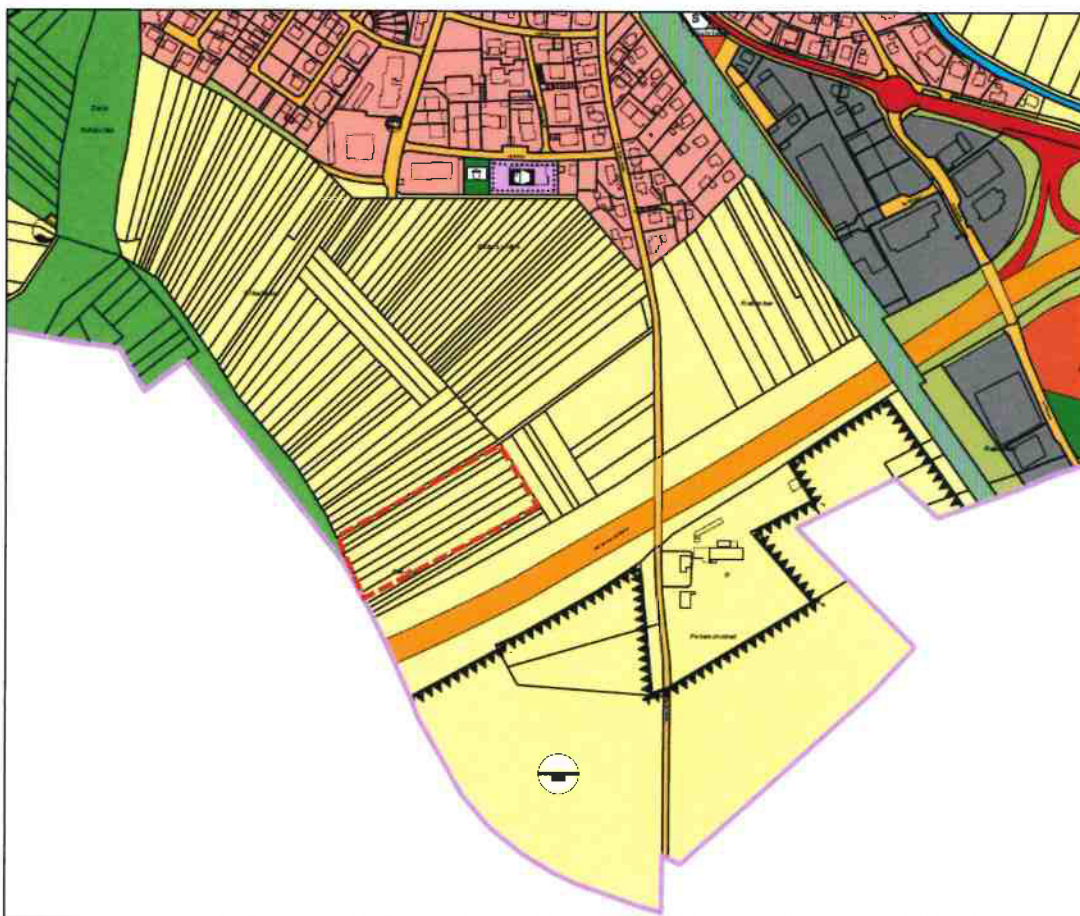


Abb. 1: Auszug aus dem gültigen Flächennutzungsplan mit rot gestricheltem Plangebiet. Quelle: eigene Darstellung.

Der vorbereitende Bauleitplan des Gemeindeverwaltungsverbands Vorderes Kandertal (Teilgebiet Eimeldingen) stellte das Plangebiet bisher als Fläche für die Landwirtschaft dar. Der Flächennutzungsplan wurde daher im Parallelverfahren geändert.



## Regionalplan



Abb. 2: Auszug aus dem Regionalplan mit geplantem Standort des Solarparks.

Quelle: Regionalverband Hochrhein-Bodensee; eigene Darstellung

Im rechtswirksamen Regionalplan des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee endet im Plangebiet die Grünzäsur Nr. 61 „Märkt/Eimeldingen und Efringen-Kirchen“. Bei Grünzäsuren handelt es sich um ein verbindliches Ziel der Raumordnung. Aus dem Planausschnitt wird ersichtlich, dass diese Grünzäsur an der Autobahn A 98 endet und jenseits der A 98 nur im südlichen Teil auf Gemarkung Weil am Rhein als Gebiet für Naturschutz und Landschaftspflege fortgeführt wird.

Im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplans wurde eine Alternativenprüfung durchgeführt, aus der ersichtlich wurde, dass keine Flächen zur Verfügung stehen, bei denen der Eingriff geringer ausfiele. Die detaillierte Erläuterung ist in der Begründung der FNP-Änderung enthalten, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

## 1.6. Städtebauliches Konzept und Planungsalternativen

### *Städtebauliches Konzept*



Abb. 3: Autobahn A 98 und dahinter das Plangebiet. Quelle: eigene Darstellung

Der Solarpark soll sich bestmöglich in die umgebende Landschaft integrieren. Hierzu trägt auch die geringe Größe des Parks von rund 1,15 ha bei. Die nach Süden leicht abfallende Topographie sorgt dafür, dass die nach Süden geneigten Module nicht übermäßig deutlich in Erscheinung treten.

Weiteres Element für eine gute Einbindung ins Landschaftsbild insbesondere hinsichtlich der betroffenen Grünzäsur ist eine gute Eingrünung der Anlage. Hierzu wurde vom Büro Proeco Umweltplanung eine Planung vorgelegt, mit welcher die Einfriedung der Anlage zurückhaltend erfolgt und hierbei auch als Ausgleichsmaßnahme ökologisch wirksam wird.

Die südlich verlaufende Autobahn ist vom Plangebiet her nicht sichtbar, da die Autobahn in einem tiefen Einschnitt liegt (siehe auch Kapitel 5).

Die einzelnen Solarmodule sind mit einer nanoporösen Oberfläche ( $\text{SiO}_2$ ) beschichtet, die für eine sehr geringe Reflexion und eine sehr hohe Durchlässigkeit sorgt. Blendungen durch reflektiertes Sonnenlicht sind daher nur in sehr geringem Umfang zu erwarten.

### *Planungsalternativen*

Die im Rahmen der FNP-Änderung durchgeführte Alternativenprüfung kam zu dem Schluss, dass im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Vorderes Kantertal keine Flächen zur Verfügung standen, die in der Gesamtabwägung besser geeignet gewesen wären.

Die politische Zielsetzung auf Landes- und Bundesebene macht deutlich, dass die Bewältigung der Energiewende mit kleinen und mittleren Anlagen erfolgen soll, da diese als verträglicher als Großkraftwerke betrachtet werden. Die Debatten um die Planung neuer Stromtrassen nach Süden legt außerdem nahe, dass insbesondere im Süden Deutschlands zusätzliche Quellen für die Nutzung erneuerbarer Energien benötigt werden, da hier deutlich mehr Energie verbraucht wird als in Norddeutschland.

## 2. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

### 2.1. Art der baulichen Nutzung

#### **Sondergebiet Solarpark (SO) gem. § 11 BauNVO**

Innerhalb des Sondergebiets „Solarpark“ sind bauliche Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie und die hierzu erforderliche Nebenanlagen in Form von Gebäuden für Mittelspannungs-Transformatoren, Wechselrichtern und Einfriedigungen zulässig.

### 2.2. Höhenlage baulicher Anlagen und Höhenentwicklung

Das Plangebiet verläuft von Südwest nach Nordost nahezu eben; in Richtung der Autobahn fällt das Gelände leicht ab.

Da die Module in Elementen mit max. 7 Meter Länge montiert werden, können sich diese der Topographie anpassen. Geländemodellierungen sind nicht notwendig und haben daher mit Ausnahme von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser zu unterbleiben.

Die Module weisen eine Höhe von etwa 2,60 Meter über Grund auf. Lediglich für das Gebäude zur Transformation der elektrischen Energie ist ein etwas größeres Gebäude notwendig. Sofern hier eine größere Raumhöhe benötigt wird, ist das Gebäude entsprechend einzugraben. Dies dient einer bestmöglichen Integration in das Landschaftsbild.

Die Solarmodule sind so aufzuständern, dass zwischen der Oberkante des Fundaments und der Unterkante des jeweiligen Solarmoduls ein Abstand von mindestens 0,7 m eingehalten wird. So wird der Boden weiterhin ausreichend belichtet, um einen Bewuchs zuzulassen.

### 2.3. Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird über die Grundflächenzahl (GRZ) bestimmt, diese wird auf 0,5 festgesetzt. Eine Überschreitung durch Zufahrten, Zuwege, Nebenanlagen, Tiefgaragen und versiegelte Flächen i.S. § 19 (4) BauNVO ist nicht zulässig. Die Flächen sind möglichst umfangreich zu begrünen.



## **2.4. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche**

Im Plangebiet gilt die offene Bauweise, da die größtenteils unterzubringenden Solarmodule nicht als Gebäude zu werten sind. Die Aneinanderreihung der Module steht daher nicht im Widerspruch zur Längenbegrenzung baulicher Anlagen in der offenen Bauweise.

Die überbaubaren Grundstücksflächen ergeben sich aus den im Planteil festgesetzten Baugrenzen.

## **2.5. Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze**

Für die Realisierung des Solarparks wurde ein umfangreiches Baufenster sowie eine Fläche für Energieversorgung festgesetzt. Nicht-überbaubare Grundstücksflächen liegen am Rande des Gebietes, wo eine möglichst umfassende Eingrünung stattfindet. Daher wurden Nebenanlagen außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen größtenteils ausgeschlossen.

## **2.6. Verkehrsflächen**

Im Plangebiet wurden Verkehrsflächen mit Zweckbestimmung „Wirtschaftsweg“ festgesetzt.

## **2.7. Umgang mit Niederschlagswasser**

Das Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu versickern. Eine Versickerung muss über 30 cm des belebten und begrünten Oberbodens oder über geeignete Filtereinrichtung (z.B. Spezialsubstrat) erfolgen.

## **2.8. Geh- Fahr- und Leitungsrechte**

Das Plangebiet wird von einer 110 kV-Freileitung der DB-Energie gequert. Für diese wurde ein Leitungsrecht festgesetzt.

Um den Südanliegern weiterhin eine Zufahrt zu ermöglichen, wurde für diese ein Geh- und Fahrrecht im Südwesten des Plangebiets festgesetzt. Die dortige Grünfläche kann mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen überfahren werden.

## **2.9. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**

Zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist auf den im Planteil mit M1 und M2 bezeichneten Flächen eine artenreiche Blühwiese einzusäen und extensiv zu bewirtschaften. Zum Weg und nach Norden sind

zur Einbettung ins Landschaftsbild 4m tiefe Hecken entsprechend dem Umweltbericht anzupflanzen.

Des Weiteren sind in den Flächen M1 und M2 Sträucher in Gruppen anzupflanzen. Zur Integration der Einfriedung in das Landschaftsbild ist diese mit Kletterpflanzen (Hopfen, Waldrebe, Wilder Wein, Rosen etc.) zu begrünen.

Nebenanlagen sind zumindest extensiv zu begrünen. Die Dicke der Pflanzschicht muss mindestens 10 cm betragen.

### 3. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Das Plangebiet liegt zwar deutlich außerhalb des Siedlungszusammenhangs, dennoch war die Regelung von Örtlichen Bauvorschriften erforderlich.

Die Regelung der Grundstücksgestaltung erfolgte zur Minimierung des Bodeneingriffs. Die übrigen Regelungen zu Werbeanlagen bis hin zu Einfriedungen dienen einer bestmöglichen Integration des Gebietes in das Landschaftsbild. Dies bildet ein Element, um den Eingriff in die Grünstreife möglich gering ausfallen zu lassen.

Da das Gebiet auch zur Naherholung genutzt wird, dienen die Einfriedungen mit Vor- bzw. Hinterpflanzungen auch diesem Zwecke.

## 4. UMWELTBELANGE

### 4.1. Umweltprüfung

Der Bebauungsplan ermöglicht Eingriffe in die Schutzgüter. Der Umfang und die Erheblichkeit dieser Eingriffe waren gem. § 2 (4) BauGB durch die Umweltprüfung zu ermitteln und es waren geeignete Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Die Umweltprüfung wurde durch das Büro ProEco Umweltplanung, Consulting & Services GmbH, Wehr, erarbeitet und sind dem Bebauungsplan beigelegt. Die Auswirkungen auf die Schutzgüter werden in der Begründung kurz dargestellt. Für die umfassende Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Die Einzäunung des Gebietes und die Veränderung des Landschaftsbildes sind die wirksamsten Faktoren der Eimeldinger PV-Freianlage „Solarpark an der A 98“ im Gewann „Seerain“. Diese Konflikte können durch Vermeidungsmaßnahmen (siehe oben) weitgehend abgemildert werden.

Zu kompensierende Eingriffe entstehen nur im Schutzgut Boden. Durch die Trafostation werden 70 m<sup>2</sup> versiegelt. Mit der Aufständerung der Solarmodule werden pro Ständer ca. 0,2 m<sup>2</sup> beansprucht (insgesamt ca. 100 m<sup>2</sup>). Die Überdeckung des Bodens mit starren Panels führt zu kleinräumigen trockeneren Bodenpartien. Es waren ca. 200 m<sup>2</sup> Versiegelung zu kompensieren.

Es werden 1,1 ha Ackerfläche aus der intensiven Produktion in eine extensive Produktion überführt. Der Solarpark wird mit wenigen Tieren beweidet.

Beim Aufbau des 1,1 ha großen Solarparks werden die Flächen um sowie unter den PV-Modulen als Grünland gepflegt. Auf dem ehemaligen Acker wird sich, da nur extensive Pflege praktikabel ist, nach Einsaat eine Fettwiese entwickeln. Die Vegetation wird durch Dauerbeweidung mit wenigen Heidschnucken niedrig gehalten. Damit erhöht sich insgesamt auf der Fläche die biologische Vielfalt und damit die diesbezügliche Wertigkeit.

### 4.2. Artenschutz

Konflikte mit geschützten Arten konnten wegen fehlender Vorkommen im Eingriffsbereich ausgeschlossen werden. Die Ackerfläche ist kein Lebensraum für geschützte Arten. Auch für geschützte Arten „offener Flächen“, wie Feldlerchen,

Kiebitze etc. oder Amphibienarten, wie Gelbbauchunke etc. waren die Ackerfläche und deren Umfeld ungeeignet.

Die Ackerfläche hatte, je nach angebauter Frucht, keine bis lediglich untergeordnete Nahrungshabitatfunktionen für geschützte Arten. Als suboptimales Nahrungshabitat wurde sie im günstigsten Fall durch Vögel genutzt.

Es kanen keine geschützten bzw. besonders geschützten und damit planungs- bzw. artenschutzrechtlich relevanten Tiere und Pflanzen vor, weshalb auch keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG entstanden.

#### 4.3. Hochwasser

Da keine Gewässer in der Umgebung vorhanden sind, besteht keine Betroffenheit bei Hochwasser-Ereignissen.

#### 4.4. Starkregen



Abb. 4: Überflutungsausdehnungen bei Starkregen. Quelle: Geoportal LRA Lörrach

Im Falle von Starkregen-Ereignissen kommt es im Plangebiet zu Betroffenheiten. Bereits bei einem seltenen Ereignis tritt insbesondere im Nordöstlichen Teil ein Einstau von Regenwasser auf.



Beim Bau der Anlage ist daher darauf zu achten, dass die Situation nicht weiter verschärft wird. Um mögliche Erosion durch Starkregenereignisse zu verhindern ist eine ausreichende Belichtung des Bodens von Bedeutung, sodass entsprechend Pflanzen wachsen und das Erdreich halten können.

## 5. VERKEHR

Das Gebiet löst nur in sehr untergeordnetem Umfang Verkehr aus, da es lediglich zur Wartung der Anlage angefahren werden muss. Hierzu ist das bestehende Wegenetz aus landwirtschaftlichen Wegen ausreichend.

*Autobahn A 98, Blendung von Verkehrsteilnehmern:*

Das Plangebiet liegt jenseits des Mindestabstands von 40 Metern gem. FstrG. Als Anlage in einem Abstand zwischen 50 und 100 Metern bedarf das Vorhaben der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamts. In seiner Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung teilte das Amt mit, dass diese grundsätzlich erteilt werden könne.



Abb. 5: Geländeschnitt. Quelle: Kartendienst der LUBW; eigene Darstellung

Eine Blendung von Verkehrsteilnehmern kann ausgeschlossen werden, da das Plangebiet deutlich hinter der Böschungsoberkante liegt. Die Autobahn ist vom Plangebiet her nicht einsehbar (Siehe Abb. 3). Dies wird aufgrund des Geländeschnitts in Abb. 5 deutlich. Auch die Aufständigung der Module mit einer Höhe von bis zu 3,50 Metern verschlechtert die Situation nicht.

## 6. TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

Für die technische Erschließung des Gebietes ist lediglich die Versorgung mit Strom maßgeblich. Das Gebiet kann über die Verlegung von der Alten Basler Straße her an das Stromnetz angeschlossen werden.

## 7. DENKMALSCHUTZ

Falls bei Erdarbeiten Bodenfunde zutage treten, ist das Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, Dienstsitz Freiburg, per Post, per Fax; 0761/208-3599 oder per E-Mail; abteilung8@rps.bwl.de, unverzüglich zu benachrichtigen. Gemäß § 20 Des Denkmalschutzgesetzes sind auch im weiteren Baufortschritt auftretende Funde (Scherben, Knochen, Mauerreste, Metallgegenstände, Gräber, auffällige Bodenverfärbungen u.ä.) umgehend zu melden und bis zur sachgerechten Dokumentation im Boden zu belassen. Mit Unterbrechungen der Bauarbeiten ist ggfs. zu rechnen und Zeit zur Fundbergung einzuräumen.

## 8. FLÄCHENBILANZ

<b>Gesamtfläche:</b>	<b>1,15 ha</b>	<b>100 %</b>
davon		
Sondergebiet:	0,86 ha	75 %
Flächen für Versorgungsanlagen:	0,01 ha	1 %
Verkehrsflächen:	0,07 ha	6 %
Private Grünflächen:	0,21 ha	18 %

Eimeldingen, den \_\_\_\_\_

Stadtbau Lörrach

\_\_\_\_\_  
Oliver Friebolin, Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
i.A. Stephan Färber (Planverfasser)

Gemeinde Eimeldingen  
**Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 (4) BauGB**  
**zum Bebauungsplan**  
**„Solarpark an der A98“**

**1. ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ZIELE DER PLANUNG**

Ziel des Bebauungsplans ist die Ansiedlung eines Solarparks auf einer Fläche von rd. 1,15 ha im Südwesten des Gemeindegebiets. Das geplante Vorhaben erfüllt wichtige Nachhaltigkeitsziele.

**2. BERÜCKSICHTIGUNG DER UMWELTBELANGE**

Gem. § 2 (4) BauGB ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen eine Umweltprüfung durchzuführen. Hierbei sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben.

Die Bestandsanalyse sowie die Anwendung der Eingriffsregelung nach der Ökotoxikationsverordnung Baden-Württemberg wurde auf die folgenden zu berücksichtigenden Schutzgüter angewendet:

- Schutzgut Tiere und Pflanzen
- Schutzgut Boden
- Schutzgut Wasser
- Schutzgut Klima / Luft
- Schutzgut Erholung / Landschaftsbild
- Schutzgut Menschliche Gesundheit
- Schutzgut Kultur- und Sachgüter
- Schutzgut Fläche
- Biologische Vielfalt
- Natürliche Ressourcen
- Unfälle oder Katastrophen
- Emissionen, Energienutzung und Abfall

Es wurde aufgezeigt, dass die durch das Vorhaben entstehenden Eingriffe innerhalb des Plangebietes vollständig kompensiert werden können.

Zur Absicherung der im Umweltbericht beschriebenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der Kompensationsmaßnahmen wurden folgende Festsetzungen in den Bebauungsplan übernommen:

- Nebenanlagen sind zumindest extensiv zu begrünen. Die Dicke der Pflanschicht muss mindestens 10 cm betragen.
- Es ist eine artenreiche Blühwiese einzusähen und extensiv zu bewirtschaften. Des Weiteren sind einzelne Sträucher in Gruppen und auf den Flächen im Norden und Osten 4m breite Hecke im Norden und anzupflanzen. Siehe auch Grünordnungsplan zum Umweltbericht.
- Die Einfriedung ist auf einer Länge von mind. 2/3 durch Kletterpflanzen zu begrünen. Die Einfriedung muss von der Oberfläche einen Abstand von mindestens 20 cm aufweisen.
- Der Einsatz von metallhaltigen Materialien (z.B. Aluminium, Blei, Zink, Kupfer) zur Dacheindeckung oder als Fassadenbaustoff/-verkleidung ist nur zulässig, wenn sie beschichtet oder in ähnlicher Weise behandelt sind.

Nach Umsetzung aller Maßnahmen bestehen keine negativen Umweltauswirkungen. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind unter Berücksichtigung und Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen nicht zu erwarten.

### **3. BERÜCKSICHTIGUNG DER EINGEGANGENEN ANREGUNGEN IM BETEILIGUNGSVERFAHREN**

#### **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB**

Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit hat vom 04.01.2020 bis 05.02.2020 stattgefunden. Es sind keine Anregungen zum Bebauungsplan eingegangen.

#### **Frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 (1) BauGB**

Parallel zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden auch die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange eingeholt.



**Der Bereich Waldwirtschaft beim LRA Lörrach** wies darauf hin, dass ein Teil des Plan-  
gebiets innerhalb des Waldabstandes liege. Das Baufenster sei daher abzurücken.

Abwägung: Entsprechend § 4 LBO gilt der Waldabstand von 30 Metern für Bauli-  
che Anlagen mit Feuerstätten oder Gebäude. Bei den Solaranlagen handelt es  
sich gem. § 2 (2) LBO nicht um Gebäude. Der Waldabstand wurde nachrichtlich  
in den Planteil übernommen, sodass die vom Waldabstand betroffene Fläche  
deutlich erkennbar ist. So kann der Anlagenbetreiber Sorge tragen, dass sich bei  
gefährlichen Wetterlagen kein Personal im Gefahrenbereich aufhält.

**Der Bereich Landwirtschaft & Naturschutz** hielt die Einbindung des Solarparks in das  
Landschaftsbild noch nicht für ausreichend.

Abwägung: Das Plangebiet wurde so angepasst, dass eine Eingrünung entspre-  
chend der Vorgaben erreicht wurde.

Die artenschutzrechtliche Einschätzung sei um die Art des Kiebitzes zu ergänzen.

Abwägung: Bei der Prüfung ergab sich kein Vorkommen der genannten Art.

Gemeinde Eimeldingen solle das Gewinn Rebacker zukünftig nicht durch andere  
Baumaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Naturschutzfachlich mache die jetzige  
Schonung des Rebackers, auf Kosten der Grünzäsur, naturschutzfachlich keinen  
Sinn.

Abwägung: Die Gemeinde hält eine Siedlungsentwicklung in diesem Bereich nicht  
für sinnvoll. Eine umfassende Steuerung der Nutzung der Fläche wäre jedoch nur  
möglich, wenn die Fläche im Eigentum der Gemeinde läge. Dies war jedoch nur  
auf Teilflächen der Fall.

**Das Fernstraßen-Bundesamt** wies darauf hin, dass die Anlage blendfrei für Ver-  
kehrsteilnehmer auf der Autobahn sein müsse.

Abwägung: Die Solaranlage ist von der Autobahn her aufgrund der Topographie  
nicht einsehbar.

### **Formelle Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB**

Der Bebauungsplan hat im Zeitraum vom 06.06.2021 bis 09.07.2021 offengelegen.  
Es ging eine Stellungnahme der Öffentlichkeit ein. Diese warf die Frage auf, ob der  
nahegelegene Aussiedlerhof von Blendungen betroffen sei. Aufgrund des dafür  
nötigen Sonnenstands ist dies theoretisch nur an sehr wenigen Tagen im Jahr

denkbar. Die Beschichtung der Solarmodule mindert Reflexionen deutlich, sodass insgesamt nicht mit größeren Beeinträchtigungen zu rechnen ist.

### **Formelle Beteiligung der Behörden nach § 4 (2) BauGB**

Während des gleichen Zeitraums wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Die Stellungnahmen wurden wie folgt abgewogen:

**Der Bereich Waldwirtschaft** beim LRA Lörrach wies erneut darauf hin, dass ein Teil des Plangebiets innerhalb des Waldabstandes liege. Der Auffassung, dass die Waldabstandsregelung für Solaranlagen nicht anwendbar sei, könne man nicht folgen. Das Baufenster sei daher weiterhin abzurücken.

Abwägung: Die Ansicht wurde nicht geteilt. Bauliche Anlagen ohne Feuerstätten, die keine Gebäude sind, unterliegen laut dem LBO Kommentar Sauter nicht der Abstandsregelung. Um den Bedenken der Waldwirtschaft entgegenzukommen, unterzeichnete der Vorhabenträger eine Haftungsausschluss-Erklärung für möglichen Baumschlag auf die Solaranlage. Die Bedenken konnten damit ausgeräumt werden.

Der Bereich **Landwirtschaft & Naturschutz** teilte mit, dass die Anregungen zu den Unterlagen aus der frühzeitigen Beteiligung weitgehend berücksichtigt wurden.

Es fehlten Vorschläge für die Gehölzgruppen und die Hecken sowie die Länge der Hecken. Weiterhin solle eine Pflanzliste für die Hecken erstellt werden.

Abwägung: Die Planung wurde entsprechend ergänzt. Der öffentlich-rechtliche Vertrag wurde der UNB vorgelegt und wurde bezüglich der Anregungen überarbeitet.

Die DB-Netze wies auf Regelungen bezüglich der querenden Bahnstrom-Trasse hin.

Abwägung: Die Hinweise wurden in den Bebauungsplan übernommen.

#### **4. ALTERNATIVEN – GRÜNDE FÜR DIE WAHL DES PLANGEBIETS**

Die im Rahmen der FNP-Änderung durchgeführte Alternativenprüfung kam zu dem Schluss, dass im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Vorderes Kandertal keine Flächen zur Verfügung standen, die in der Gesamtabwägung besser geeignet gewesen wären.

Die politische Zielsetzung auf Landes- und Bundesebene macht deutlich, dass die Bewältigung der Energiewende mit kleinen und mittleren Anlagen erfolgen soll, da diese als verträglicher als Großkraftwerke betrachtet werden. Die Debatten um die Planung neuer Stromtrassen nach Süden legt außerdem nahe, dass insbesondere im Süden Deutschlands zusätzliche Quellen für die Nutzung erneuerbarer Energien benötigt werden, da hier deutlich mehr Energie verbraucht wird als in Norddeutschland.

Lörrach, den 28.07.2021

Stadtbau Lörrach